

Die Forderungen der Militärgagisten. Eine Delegiertenversammlung im Militärkasino.

Im Militärkasino fand gestern eine Versammlung aller Delegierten sämtlicher liquidierender Stellen Deutschösterreichs statt. Von der internationalen Liquidierungskommission war nämlich die Antwort auf das Memorandum eingelangt, das wirtschaftliche und rechtliche Forderungen stellte und am 2. Mai von einem Aktionskomitee dem Kollegium überreicht worden war. Die Beantwortung wurde nun gestern zur Kenntnis der Delegierten gebracht und als Beschluß eine Resolution gefaßt, die den Endtermin für die restlose Erledigung der Forderungen mit dem 2. Juni d. J.

festsetzt. Die Versammlung, in der eine oft sehr erregte Diskussion geführt wurde, währte von 3 Uhr nachmittags bis gegen 8 Uhr abends.

Soldatenrat Kostner erstattete das Referat und verlas die Antwort an das Bevollmächtigtenkollegium auf das Memorandum, in welchem es heißt: Angesichts der ungenügenden Mittel der Liquidierungsmasse hält es die internationale Liquidierungskommission für ausgeschlossen, den erwähnten Forderungen in dem Maße, wie sie gestellt wurden, zu entsprechen, und muß sich vorbehalten, in kurzer Zeit sich über die nötigen Daten und über das Maß der möglicherweise zu gewährenden Aufbesserungen nähere Kenntnis zu verschaffen. Hierzu wird bemerkt, daß der Vertreter eines Nationalstaates nach einer sogleich nach Schluß der Sitzung erfolgten Rücksprache mit seinem Gesandten mitgeteilt hat, daß seine Regierung nicht gesonnen sei, einer weiteren Aufbesserung der Bezüge des liquidierenden Personals zuzustimmen.

An den Bericht knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, die zeitweilig sehr erregt wurde. Viele Redner traten für die sofortige Ankündigung des Streiks, andre für das Einsetzen einer passiven Resistenz vom nächsten Dienstag anfangen, ein. Als Vertreter der vereinigten sozialdemokratischen Soldatenräte forderte Soldatenrat Para, der zur Besonnenheit mahnte, am Montag eine Massenversammlung.

Zum Schlusse wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der ausgeführt wird, daß, falls bis zum 2. Juni, 12 Uhr mittags, keine endgültige befriedigende Beschlußfassung über die Wünsche der Militäristen vorliege, auf keinen Fall eine weitere Fristverlängerung erfolgen könnte, und im Hinblick auf die äußerst erregte Stimmung auf die dann zu gewärtigenden unabwehrbaren Folgen hingewiesen werden müsse.

Die Antwort an den Wirtschaftsverband der Berufsmilitärgagisten.

Gestern ist auch vom Staatsamt für Heerwesen die Beantwortung der Resolution eingelangt, die am 10. d., am Tage des Demonstrationsstreiks, bei den Versammlungen der Berufsmilitärgagisten über die Wünsche der Militärpersonen gefaßt wurde. In der Antwort, die vom Staatssekretär Dr. Deutsch unterzeichnet ist, wird betont, daß der Nationalversammlung noch im Laufe der nächsten Woche die einschlägigen Gesetze vorzulegen sein werden, die bestimmt sind, die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Berufsmilitärpersonen wesentlich zu verbessern.

In der Beantwortung wird weiter ausgeführt, daß die Schaffung einer Dienstpragmatik für die Berufsmilitärpersonen, die der Dienstpragmatik der Zivilstaatsbeamten nach Möglichkeit nachzubilden sei, beschlossen wurde, so daß die grundsätzliche Gleichstellung mit den Staatsbediensteten ausgesprochen werden wird. Die Uebernahme der Berufsmilitärpersonen in die deutschösterreichische Wehrmacht sei derzeit unmöglich, da man die künftigen Verhältnisse vor dem Friedensschlusse nicht kenne. Wegen der Uebernahme in den Zivilstaatsdienst dürfe nicht übersehen werden, daß dort Ueberbeschäftigung herrsche. Den Wünschen hinsichtlich der Bemessung der Versorgungsgebühren werde in weitestem Maße entgegengekommen werden. Ueber die Teuerungszulagen werde weiter verhandelt. Zu dieser Beantwortung hatte der Wirtschaftsverband der Berufsmilitärgagisten noch nicht Gelegenheit, Stellung zu nehmen, und behält sich seine weiteren Entschlüsse vor, bis er mit den Vertrauensmännern Fühlung genommen haben wird.